

Die Wendehälsa von Lübeck – CDU, FDP und BfL!

Warum nur entdecken sie plötzlich ihre soziale und sozialistische Ader?

Seit über 30 Jahren hat der Flughafen Lübeck ein großes Problem mit seinen Schulden, und daß das nicht ewig so weiter gehen kann, ist allen Parteien in Lübeck seit langem klar:

Die **SPD-Fraktion** äußerte sich im Oktober 1994: "Ist ein kostendeckender Flugplatzbetrieb nicht möglich, so bleibt konsequenter Weise nur noch die Schließung des Flugplatzes oder der Verkauf der Flughafen GmbH an private Betreiber."

Bürgermeister Saxe (SPD) betonte noch im Februar 2009 in Kiel, "wenn Infratil aussteigen sollte, wolle die Hansestadt Lübeck nicht wieder alleiniger Gesellschafter des Flughafens sein" (Protokoll Wirtschaftsausschuss des Landtages, 83. Sitzung am 4. Februar 2009)

Wirtschaftssenator Halbedel (CDU) betonte, dass es für den Flughafen angesichts der desolaten Haushaltslage nur zwei Möglichkeiten gegeben habe: einen strategischen Partner zu gewinnen oder den Flughafen zu schließen (**LN, 14.4.2005**).

Gerrit Koch (FDP) äußerte: "Wenn es der Hansestadt Lübeck nicht endlich gelingt, den Flughafen zu veräußern oder dauerhaft verlustfrei zu betreiben, dann muss der schmerzliche, aber unvermeidliche Schritt gegangen werden, diese Einrichtung zu schließen." (**HL-live.de, 18.10.2004**)

Dr. Reimund Mildner (Bürger für Lübeck) erklärte vor einem halben Jahr, „Der Flughafen muß ohne zusätzliche Gelder auskommen, bis der klare Nachweis der Wirtschaftlichkeit erbracht ist“ (**LN, 30.5.2009**).

Vor gerade mal 10 Monaten, am 29.1., hat die Lübecker Bürgerschaft mit großer Mehrheit (42:15) beschlossen, daß es die Hansestadt Lübeck "nicht als eine kommunale Aufgabe, einen Regionalflughafen zu betreiben, betrachtet", und daß "die Stadt weitgehend von allen finanziellen Belastungen aus dem Betrieb des Flughafens freizuhalten" sei. Diese Beschlußvorlage wurde gemeinsam von **SPD** und **CDU** eingereicht; **FDP** und **Bürger für Lübeck** haben sich klar hinter diesen Beschluß gestellt. (Protokoll der Bürgerschaftssitzung vom 29.1.2009)

Im Planfeststellungsbeschluß zum Flughafenausbau ist ebenfalls zu lesen, daß "die Bürgerschaft sich gegen ein städtisches finanzielles Engagement bei Belastungen aus dem Betrieb des Flughafens ausgesprochen hat" (Seite 71).

Knappe 9 Monate später dann der große Umfaller und massive Empörung von CDU, FDP und BfL, als SPD, Grüne und Linke den von allen Parteien seit Jahren geforderten Kurs konsequent fortsetzen und nur noch einer befristeten Weiterzahlung der Gehälter der Flughafenmitarbeiter zustimmen.

Warum diese Empörung bei CDU, FDP und BfL? Die SPD verfolgt lediglich den Kurs weiter, den auch die nunmehr um 180 Grad gewendeten Parteien im Januar mit beschlossen haben: Kein Alleinbetrieb, keine finanziellen Belastungen für die Stadt mehr!

Nüchtern betrachtet, hat sich am Sachstand nichts geändert:

- Die Verschuldung der Stadt ist katastrophal wie schon seit Jahren, Tendenz steigend.
- Der Verkaufsversuch an einen privaten Investor ist grandios gescheitert und hat lediglich die Schuldenlast weiter erhöht.
- Ein neuer Investor ist nicht in Sicht, um den Betrieb alleinverantwortlich fortzusetzen.
- Die jährlichen Defizite sind im Steigflug begriffen.
- Der wirtschaftliche Erfolg für die Region bleibt aus: Erst kürzlich wurde bekannt gegeben, daß die Zahlen

von Geschäftsreisenden und Auslandsurlaubern weiterhin rückläufig seien (trotz steigender Passagierzahlen!; **HL-live.de 22.10.2009**). Die steigenden Passagierzahlen lassen eher einen wachsenden Abfluß von Kaufkraft aus der Region vermuten.

Und zu den rosigen Prognosen für die Zukunft sei nur an die Aussage des Geschäftsführers des Baden-Airpark erinnert: Er erklärte hier in Lübeck, daß ein Regionalflughafen nur dann zu betreiben sei, wenn Land und Kommune für die Defizite aufkommen. Er kann sich nicht vorstellen, daß an einem Regionalflughafen private Investoren in den Tower zu locken seien, da diese im Zweifelsfall zur Kasse gebeten würden, um Verluste auszugleichen, statt Gewinne einzustreichen. (**LN, 31.10.2009**)

Und wenn Wirtschaftssenator Halbedel noch im März 2009 vom "höchst unwahrscheinlichen Fall, dass die Hansestadt den Flughafen allein betreibt" spricht, (**In-online.de 8.3.2009**), dann dürfte klar sein, was von den heutigen Prognosen betreffs zu erwartender Passagierzahlen und gar Gewinne zu halten ist!

Im Gegenteil, die Luft scheint schon jetzt ganz dünne für den Weiterbetrieb des Flughafens zu sein: Mit dem "Ryanair-Hilfsfond" der IHK Lübeck sollen "vorrangig Maßnahmen für das Marketing der bestehenden Flugverbindungen und die Gewinnung neuer Destinationen unterstützt werden" (**HL-live.de vom 9.12.2009**), "da Ryanair ein Ultimatum nach dem Motto: entweder Kohle oder wir fliegen nicht mehr, gestellt haben muss." Dieses Ultimatum wird zwar so mit diesem Wortlaut für den Ryanair-Flughafen Altenburg berichtet, aber die Parallelen sind zu offensichtlich (**otz.de 6.12.2009**).

Warum also jetzt diese Wendehalsaktion von CDU, FDP und BfL? Defizite und Schulden am Flughafen wachsen weiter, Tourismus-Effekte sind nicht nachweisbar, Ryanair möchte seine Flughafen-Entgelte noch weiter senken, und die Hoffnungen auf einen privaten Investor werden vom Geschäftsführer eines Regionalflughafens ins Reich der Träume verwiesen; was bleibt da eigentlich? Nichts als der Verdacht, daß über eine steuerliche Subventionierung von Mittelmeer-Urlaubsreisen Stimmen für die Wendehals-Parteien eingefangen werden sollen.